UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 14. Februar 1991
5/91

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Solidarisches Handeln zur Verbesserung der Lage in den neuen Ländern

Auf der 5. Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Bundeskanzleramt am 4. Februar 1991 gab Bundeskanzler Helmut Kohl folgende einleitende Erklärung ab:

In meiner Regierungserklärung am 30. Januar 1991 habe ich als wichtigstes innenpolitisches Ziel genannt, einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Niemand macht sich Illusionen über die Schwierigkeit dieser historisch einmaligen Herausforderung. Wenn wir diese Aufgabe entschieden angehen, werden wir es gemeinsam schaffen.

Wesentliche Voraussetzung für unseren gemeinsamen Erfolg ist die Bereitschaft aller zu solidarischem Handeln. Das gilt in besonderer Weise für die Verantwortlichen in der Wirtschaft und für die Tarifpartner ebenso wie für Bund, Länder und Gemeinden.

Ich nenne als Beispiel die Finanzausstattung der neuen Länder und Gemeinden: Tatsache ist, daß die rege Nachfrage aus den neuen Bundesländern eine wesentliche Stütze der Konjunktur im bisherigen Bundesgebiet und darüber hinaus ist. Davon profi-

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● **Ausbildung**
Gemeinsame Aktion für genügend Lehrstellen in den neuen Bundesländern. Seite 5

● **Golfkrieg**
Alfred Dregger: Deutschland steht nicht abseits. Seite 6

● **Ratgeber**
Informationen zum Einigungsvertrag: Arbeitslosenunterstützung. Seite 10

● **Gesundheit**
Norbert Blüm: Eine positive Bilanz für die gesetzliche Krankenversicherung. Seite 13

● **Arbeitsmarkt**
Zum erstenmal seit zehn Jahren weniger als 1,9 Millionen Arbeitslose. Seite 16

● **Dokumentation**
Was bringen die Koalitionsvereinbarungen in den alten und in den neuen Bundesländern? Grüner Teil

Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir sind jetzt gemeinsam gefordert

(Fortsetzung von Seite 1)

tieren viele Unternehmen gerade in den alten Bundesländern. Zugleich führt dies zu unerwartet hohen Steuereinnahmen.

Solidarität und gesamtstaatliche Verantwortung gebieten es deshalb, diese Mittel in die neuen Bundesländer zurückzuleiten. Hierzu und zur gesamten Finanzausstattung der neuen Bundesländer und ihrer Kommunen können und müssen die westlichen Bundesländer, Städte und Gemeinden mehr tun als bisher. Die Bundesregierung hat in dieser Hinsicht bereits klare finanzielle Zeichen gesetzt.

Ich werde darauf drängen, daß wir in der Ministerpräsidentenkonferenz Ende Februar zu tragfähigen Lösungen kommen, die den neuen Bundesländern und den dortigen Kommunen finanziell angemessene Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Wenn wir in dieser schwierigen Frage jetzt nicht gemeinsam vernünftig handeln, werden wir spätestens 1995 bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, alten und neuen Ländern in eine kritische Verfassungssituation kommen. Es geht darum, eine vernünftige Angleichung der Verhältnisse zu ermöglichen, damit ein abrupter Übergang verhindert wird.

Ich nenne ein weiteres Beispiel, die Tarifpolitik, bei der es zweierlei zu bedenken gilt: Die begrenzte Leistungsfähigkeit der Unternehmen in den neuen Bundesländern und den verständlichen Wunsch der dort Beschäftigten nach rasch steigenden Einkommen. Beides miteinander zu vereinbaren, verlangt insbesondere auch von den Tarifpartnern ein hohes Maß an Verantwortung und Bereitschaft zum sozialen Dialog.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat über mehr als 40 Jahre gezeigt, daß ein vernünftiges Miteinander in kritischen Augenblicken sehr wohl möglich war. Bei vollem Respekt vor der Tarifautonomie habe ich die Hoffnung, daß auch in der jetzigen Situation Gespräche möglich sind und eine Linie der Vernunft gefunden werden kann.

Wir müssen alles tun, damit es nicht zur falschen Verteilung der knappen Mittel kommt und der gemeinsam angestrebte Ausgleich zwischen alten und neuen Ländern gefährdet wird. Gefordert sind in dieser schwierigen Übergangssituation neue Lösungen, die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe stärken und zugleich attraktive Einkommensperspektiven für die Beschäftigten bieten — etwa durch eine stärkere Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung.

Unser gemeinsames Ziel muß sein, einen sozialen Dialog zu führen. Wir sollten hier an die erfolgreiche Lehrstelleninitiative nach 1982 anknüpfen.

Ich werde deshalb sehr bald zu Gesprächen einladen, die in einen Solidarpakt aller Beteiligten einmünden könnten. Es geht nicht darum, den berühmten „runden Tisch" von früher wiederzubeleben, sondern in einer schwierigen Situation konkret handlungsfähig zu sein.

In jedem Fall sind erheblich größere Anstrengungen zur Qualifizierung erfor-

derlich. Denn nur mit genügend qualifizierten Beschäftigten werden wir die notwendige Umstrukturierung in den neuen Ländern bewältigen können. Die Teilnehmerzahlen an Qualifizierungsmaßnahmen sind zwar schon deutlich gestiegen. Insgesamt sind sie aber noch unzureichend.

Wir werden die günstigen Sonderregelungen für die soziale Absicherung von Kurzarbeit und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis zum Jahresende verlängern. Zugleich muß aber dafür gesorgt werden, das Kurzarbeitergeld stärker als bisher mit Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zu verknüpfen.

Genauso werden wir darauf drängen, daß der verstärkte Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht an der vergleichsweise geringen Sachkostenfinanzierung durch die Träger scheitert. Ein wichtiger ABM-Schwerpunkt soll das Herrichten von Grundstücksflächen zur Industrieansiedlung sein. Die Lohnkosten werden von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen.

Viele Fragen im Zusammenhang mit der Anpassung von Wirtschaft und Beschäftigung in den neuen Bundesländern berühren unmittelbar die Treuhandanstalt. Nach den zahlreichen Gesprächen der vergangenen Wochen habe ich den Eindruck, daß sich das Verständnis und auch die Bedingungen für die Arbeit der Treuhandanstalt erheblich verbessert haben. Das gilt gerade auch für die Gespräche der Treuhandanstalt mit den Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer.

Die Treuhandanstalt hat mit ihrem Memorandum wertvolle Anregungen zum Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen gegeben. Es wird übermorgen vom Bundeskabinett verabschiedet und kurzfristig im Parlament eingebracht. Durch dieses Artikel-Gesetz sollen Eigentumsübertragungen beschleunigt und Investitionen erleichtert werden. Als Beispiele nenne ich die Vorfahrtregelung für Unternehmensveräußerungen und das vereinfachte Grundbuchverfahren für die Übertragung von Eigentum auf die Kommunen.

Weiter vorangekommen sind wir in den zurückliegenden Wochen auch beim Aufbau der neuen Landesverwaltungen. Doch genauso klar unterstreiche ich: Gerade hier müssen die alten Bundesländer sowie die Städte und Gemeinden noch erheblich mehr konkrete Hilfe leisten. Das gilt vor allem für die personelle Ausstattung der verschiedenen Verwaltungsebenen mit erfahrenen Fachkräften und für die gezielte Schulung der bisherigen Beschäftigten.

Diese Aufgaben können nicht ernst genug genommen werden. Denn was nützen Investitionswille und staatliche Programme, wenn die Verwaltung ihrem Auftrag nicht gerecht werden kann? Gemeinsam mit den Vertretern von Ländern, Städten und Gemeinden werden wir daher ernsthaft prüfen, ob hier zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen.

Um den Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern zu beschleunigen, wollen wir die Genehmigungsverfahren für Großinvestitionen insbesondere im Verkehrswesen nachhaltig verkürzen.

Darüber hinaus enthält bereits der Einigungsvertrag zahlreiche Sonderregelungen zur Erleichterung von privaten und öffentlichen Bauvorhaben. Zur generellen Erleichterung von Finanzierungsfragen hat die Bundesregierung das Gemeindekreditprogramm von 10 auf 15 Mrd.

DM aufgestockt. Sie hat damit nicht zuletzt den Spielraum der Kommunen für Infrastrukturinvestitionen kurzfristig deutlich erweitert.

Angesichts des zunehmenden Ost-West-Verkehrs innerhalb Deutschlands, aber auch darüber hinaus in Europa gewinnt ein leistungsfähiges und umweltverträgliches Verkehrsnetz hohe Priorität. Für seine Gestaltung werden im ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan die Weichen gestellt. Diese Aufgabe wollen wir in engem Einvernehmen — vor allem mit den neuen Bundesländern — angehen. Aber ebenso brauchen wir hier Rat und Unterstützung aus dem Bereich der Wirtschaft.

Die Öffnung Mittel-, Ost- und Südosteuropas führt schon jetzt zu einer grundlegenden Änderung des Ost-West-Handels. Marktwirtschaftliche Formen des Handels und seine Abwicklung in konvertierbaren Währungen setzen sich mehr und mehr durch. Dies ist erwartungsgemäß mit erheblichen Übergangsproblemen verbunden. Im Rahmen des Hermes-Instrumentariums haben wir deshalb besondere Möglichkeiten zur Absicherung von Exporten in die ehemaligen RGW-Länder geschaffen.

Wegen der innenpolitischen Situation in der Sowjetunion sind die praktischen Umstellungsprobleme gleichwohl nach wie vor groß und die Zahlungsschwierigkeiten beträchtlich. Deswegen müssen Bundesregierung und Wirtschaft kurzfristig gemeinsam prüfen, wie in dieser besonderen Situation traditionelle Handelsbeziehungen aufrechterhalten werden können. Dabei müssen wir auch erwarten, daß die Sowjetunion ihrerseits konstruktiv an entsprechenden Lösungen mitarbeitet.

Die zentrale Aufgabe

Die zentrale innenpolitische Aufgabe, einheitliche Lebensverhältnisse zwischen alten und neuen Bundesländern zu schaffen, stellt sich in einem international schwierigeren Umfeld. In dieser Situation kommt es in besonderer Weise auf Vernunft und Augenmaß aller an. Wir sind gemeinsam gefordert.

Dresdner Frauenkirche ersteht wieder

Helmut Kohls Geburtstagswunsch „Spenden statt Geschenke" fand Erfüllung. Mehr als 600 000 Mark sind für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche zusammengekommen.

Beim Geburtstagsempfang des Kanzlers wurde ihm von Professor Ludwig Güttler, Sprecher der Bürgerinitiative für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche, ein Modell des Gotteshauses überreicht. Die 600 000 Mark sind ein erster Grundstock für die Finanzierung des auf 160 Millionen Mark veranschlagten Wiederaufbaus der Kirche, die durch die Folgen der Bombenangriffe von 1945 auf Dresden zerstört wurde.

Ziel der Bürgerinitiative ist es, den Wiederaufbau bis zur Feier „800 Jahre Dresden" im Jahre 2006 abgeschlossen zu haben.

Gemeinsame Aktion für genügend Lehrstellen in den neuen Ländern

Beim Treffen mit Vertretern aus Wirtschaft und Gewerkschaften sowie den ostdeutschen Ministerpräsidenten hat der Bundeskanzler besonders die Notwendigkeit betont, in einer gemeinsamen Aktion genügend Lehrstellen in den fünf neuen Ländern zu schaffen. Für den Aufbau in diesen Ländern und die Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist die Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze für die 120.000 Schulabgänger in diesem Jahr unerläßlich.

Im Berufsausbildungsjahr 1990/91 haben durch die Bemühungen der Bundesregierung und der Wirtschaft nahezu alle Jugendlichen in den neuen Ländern, die dies wünschten, einen Ausbildungsplatz gefunden oder konnten in eine berufsvorbereitende Maßnahme vermittelt werden. Mit Hilfe der Förderung nach dem Vorsorgeprogramm der Bundesregierung konnten gravierende Einbrüche am Ausbildungsstellenmarkt bis zum Jahresende 1990 abgewendet werden. Insgesamt wurden 1990 zur Unterstützung der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung über 300 Millionen Mark bereitgestellt. Rund 33.000 Jugendliche erhielten Förderung.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern für den Schulentlaßjahrgang 1991 beträgt rund 120.000 Ausbildungsplätze. Hinzu kommt eine noch nicht einschätzbare Zahl von sogenannten „Konkurslehrlingen", das heißt von Lehrlingen, die infolge eines Konkurses ihres Betriebes ihre Ausbildung in ihrem bisherigen Ausbildungsbetrieb nicht fortsetzen können.

Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Für diese jungen Menschen muß in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in den neuen Ländern sichergestellt werden.

Die zentrale Verantwortung kommt in dieser Situation gerade aufgrund der Besonderheiten des dualen Systems der Berufsausbildung den Betrieben zu: Nur sie verfügen über die Ausbildungskapazitäten zur Qualifizierung des Nachwuchses. Die Jugendlichen sind auf die betrieblichen Ausbildungsleistungen angewiesen und die Betriebe nicht weniger auf eine möglichst hohe Qualifikation

Einzigartige Verantwortung

ihrer künftigen Mitarbeiter. Den Arbeitgebern kommt deshalb im dualen System eine einzigartige Verantwortung zu: Ohne ihre Bereitschaft zur Ausbildung, die in ihrem ureigenen Interesse liegen muß, kann das duale System nicht existieren.

Dieser Verantwortung muß sich auch die Treuhandanstalt stellen. Wenn auch der notwendige Abbau zu großer Belegschaften in einzelnen Fällen zu einer Verringerung der Ausbildungsleistungen führen kann, darf er jedoch nicht die betrieblichen Ausbildungsaktivitäten zum Erliegen bringen. Die Treuhandanstalt muß daher dazu beitragen, daß die Gesundung der Wirtschaft in den neuen Ländern nicht schon in Kürze durch den Mangel an modern qualifizierten Fachkräften ins Stocken gerät. ■

Alfred Dregger: Deutschland steht im Golfkrieg nicht abseits

Nachdem die Amerikaner und ihre Verbündeten im Auftrag der Vereinten Nationen mit der Befreiung Kuwaits begonnen hatten, sind im Ausland schwere Vorwürfe gegen uns Deutsche laut geworden: Deutschland beziehe keine klare Position, versuche sich durch Geld von der Teilnahme an militärischen Aktionen am Golf „freizukaufen", lasse Zweifel an seiner Bündnistreue aufkommen. Solche Auffassungen waren vielfach in den Leitartikeln amerikanischer, britischer und französischer Zeitungen zu lesen.

Hat unsere Außenpolitik versagt? Sind wir wirklich unsichere Kantonisten? Meine Antwort lautet: Nein! Allerdings war die Selbstdarstellung der deutschen Außenpolitik zeitweise nicht optimal.

Ich habe bereits am Tag nach Beginn der militärischen Operationen gegen Irak, also am 17. Januar, im Bundestag für die CDU/CSU-Fraktion eindeutig Stellung genommmen zugunsten der UNO und zugunsten unserer Verbündeten. In meiner Rede habe ich festgestellt: „Dies ist kein Krieg zwischen den USA und dem Irak. Dies ist ein Wahnsinns-Krieg des Diktators Saddam Hussein gegen die kollektive Sicherheitsgemeinschaft der Vereinten Nationen und gegen die von dieser Weltorganisation repräsentierte Ordnung des Rechts und des Friedens."

Zugleich wies ich darauf hin, daß die demokratischen Institutionen unserer Verbündeten mit großen Mehrheiten und parteiübergreifend „die nunmehr notwendig gewordenen militärischen Aktionen gegen den Aggressor" gebilligt hatten. Dabei konnte ich mich auf den britischen Oppositionsführer Kinnock berufen, der dem militärischen Einsatz der britischen Truppen am Golf für die Labour-Partei zugestimmt hatte.

Unsere Opposition, die SPD, hat dem militärischen Einsatz der vereinigten Streitkräfte im Auftrag der UNO damals nicht zugestimmt und stimmt ihm heute nur halbherzig zu. Ich habe die SPD bereits am 17. Januar aufgefordert, sich ihrer britischen Schwesterpartei anzuschließen. Wörtlich erklärte ich: „Deutschland aus dem internationalen demokratischen Konsens und der Solidarität der Völkergemeinschaft herauszuhalten, wäre in dieser Situation die denkbar schlechteste Politik."

Der amerikanische Botschafter in Bonn, Vernon A. Walters, hat mir für diese Rede und weitere Stellungnahmen zum Golfkrieg gedankt. Er weiß — im Gegensatz zu manchen Leitartiklern —, daß Deutschland ein treuer und zuverlässiger Verbündeter ist, der in diesem Konflikt fest an der Seite der UNO und der NATO steht. Etwas anderes sollte sich die Weltöffentlichkeit weder von den deutschen Linken, noch von verwirrten Demonstranten, noch von ausländischen Beobachtern einreden lassen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erinnert an Positionen, die die Union bereits am 17. Januar unmißverständlich vertreten hat.

Unsere Bündnisfähigkeit und Bündnistreue haben wir im Rahmen der UNO-Aktion gegen Irak in vielfältiger Weise unter Beweis gestellt:

- Die Bundesregierung hat von Anfang an den Amerikanern die deutschen See- und Flughäfen sowie die deutschen Straßen und Eisenbahnen für Truppen-, Material- und Nachschubtransporte zur Verfügung gestellt;
- Wir stellen Waffen und Munition für die am Golf kämpfenden alliierten Truppen;
- Wir haben schon vor Beginn der Kampfhandlungen die Alliierten und die sogenannten „Frontstaaten" am Golf mit beträchtlichen Finanzmitteln unterstützt.

Wir haben unsere Bündnistreue unter Beweis gestellt

Vor wenigen Tagen haben wir einen weiteren Beitrag von 8,25 Milliarden Mark bereitgestellt. Insgesamt summieren sich unsere Geld- und Sachleistungen auf bislang 15,6 Milliarden Mark.

- Wir haben Israel, das am Krieg nicht beteiligt ist, aber von dem Diktator Saddam Hussein mit Raketen angegriffen und in seiner Existenz bedroht wird, Verteidigungswaffen und Finanzhilfen zur Verfügung gestellt;
- Wir haben ein Kontingent deutscher Bundeswehrsoldaten und Militärflugzeuge in unser NATO-Partnerland Türkei entsandt. Unsere Soldaten und Soldaten aus anderen NATO-Ländern sollen Saddam Hussein von einem Angriff auf das NATO-Land Türkei — und damit auf das Bündnisgebiet — abschrecken.

Niemand kann behaupten, Deutschland stehe im Golfkonflikt abseits. Wir unterstützen tatkräftig die Vereinten Nationen, die in ihrem Auftrag handelnden Streitkräfte und die vom Krieg am Golf besonders betroffenen Länder.

Während wir handeln, fordern Teile der „Weltmacht SPD" (Willy Brandt) einen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen — also ohne daß Saddam Hussein bereit wäre, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Der gescheiterte Kanzlerkandidat der SPD, Lafontaine, verlangt das und ist sogar der Meinung, daß der Kampf der UNO, der USA und unserer Verbündeter gegen den Aggressor Saddam Hussein falsch sei. Ganz anders dagegen der britische Oppositionsführer und Labourchef Kinnock im Unterhaus: „Die Vereinten Nationen müssen siegen — oder sie werden für immer ohnmächtig sein!"

Lafontaine hat auch die Auffassung vertreten, daß die Niederwerfung des Aggressors Saddam Hussein, dessen Soldaten in Kuwait gehaust haben wie die Vandalen und auf dessen Befehl im Persischen Golf die größte Ölpest der Geschichte ausgelöst wurde, „eine Niederlage der Kultur" wäre. Das ist eine ungeheure Verhöhnung der alliierten Soldaten, die für die Freiheit Kuwaits, die Wiederherstellung des von Saddam Hussein gebrochenen Völkerrechts und eine Friedensordnung im Nahen Osten ihr Leben einsetzen.

SPD im Kreis ihrer Schwesterparteien völlig isoliert

Die SPD ist in der drängenden Frage ihrer Haltung zur Golfkrise ratlos und tief gespalten. Sie ist im Kreis ihrer europäischen Schwesterparteien völlig isoliert. Die SPD hat im vergangenen Jahr in der deutschen Frage schlimm versagt. Sie läuft heute Gefahr, nun auch in der Frage der Solidarität gegenüber der Völkergemeinschaft zu versagen. ■

SPD im Abseits

Die SPD bietet das Bild einer programmatisch und personell zerrissenen und handlungsunfähigen Partei. Der Versuch, dies durch die Nominierung von Björn Engholm zum Parteivorsitzenden zu überdecken, ist schon nach wenigen Wochen gescheitert. Sie hat aus ihrer Wahlniederlage, die das Ergebnis des verantwortungslosen deutschlandpolitischen Kurses des Spitzenkandidaten Lafontaine war, nichts gelernt.

Die SPD ist dabei, sich mit ihrem unglaubwürdigen und widersprüchlichen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik international zu isolieren.

Lafontaine spaltet die Partei weiter: Mit der Forderung Lafontaines, Schröders und anderer führender SPD-Politiker nach einem bedingungslosen Waffenstillstand im Golfkrieg hat sich diese Partei nicht nur von der Gemeinsamkeit mit unseren Bündnispartnern, sondern auch von der Gemeinsamkeit der internationalen Sozialisten und Sozialdemokraten verabschiedet. Dazu SPD-Bundesschatzmeister Hans-Ulrich Klose:

> *„Die sozialdemokratische Partei ist auch im Kreise der Brüder- und Schwesterparteien isoliert. Unsere Haltung wird dort nicht geteilt. Und ich denke, wir sollten darüber nachdenken, ob nicht möglicherweise die anderen bei ihrer Begründung für ihre Position Recht haben . . .“* **(ZDF, 3. 2. 91)**

Über den außenpolitischen Kurs der SPD urteilt „Die Welt am Sonntag“ (3. 2. 91)

> *„Die heutige SPD gleicht in ihrer geistigen Annäherung an den Golfkrieg der Alliierten im Auftrag der UNO gegen den Aggressor Irak weniger einem Vogel mit zwei Flügeln, sondern eher einem Hampelmann mit je einer Schnur für jedes Glied.“*

Die Rheinische Post (4. 2. 91) kommentiert das Erscheinungsbild der SPD folgendermaßen:

> *„Immer wenn es um wichtige und wichtigste Themen geht, sogar wenn die Welt gleichsam den Atem anhält, hat diese Partei keine gemeinsame Adresse. . . . Sie hat keinen Kurs. Seit mehr als 10 Jahren windet sie sich angesichts außerordentlicher Herausforderungen. Ihre Anhänger wissen nicht, was die Partei will.“*

In der Bevölkerung findet der Golfeinsatz der Alliierten breite Unterstützung. Die Solidaritätsbekundungen aus der SPD aber werden entwertet und unglaubwürdig, wenn

- Lafontaine und Schröder den sofortigen Rückzug der Alpha-Jets und der deutschen Soldaten aus der Türkei fordern,
- Andreas von Bülow einen Musterbrief zur Kriegsdienstverweigerung entwirft,
- Schröder sein „Nein“ im Bundesrat für den Fall ankündigt, daß eine Grundgesetzänderung im Hinblick auf eine Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Friedensmissionen diskutiert werden sollte,
- Schröder sich im Gegensatz zu seinem Landesvorsitzenden Bruns weigert, an einer Solidaritätsdemonstration für Israel teilzunehmen.

SPD-Politiker wie Hans-Ulrich Klose repräsentieren offenbar nur eine Minderheit. Nach seiner Einschätzung hat die SPD

> *„ganz offenbar Schwierigkeiten, weil sie nicht in der Lage ist, nationale Interessen und Bündnisinteressen präzise zu definieren und gegeneinander abzuwägen“.*

Die Verweigerungshaltung in der SPD kann die Bundesgeschäftsführerin Fuchs auch nicht damit überspielen, daß sie die Dissonanzen innerhalb ihrer Partei als Tugend darstellt. Dagegen der SPD-MdB Niggemeier:

„Wir Sozialdemokraten hatten zwar immer pazifistisch orientierte Gruppen in unserer Parteimitgliedschaft, aber wir sind als Partei nicht pazifistisch, sondern treten gemäß unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für die Verteidigung dieser Grundwerte — auch militärisch — ein. Auch an dieser Grundhaltung wird die Bündnis- und Regierungsfähigkeit gemessen." **(nach FAZ, 26. 1. 91)**

Staatspolitisch verantwortungsbewußte Sozialdemokraten wie Brandt, Vogel, Koschnik, Klose und andere haben die Gefahr erkannt, stehen ihr aber machtlos gegenüber. Auch der Beschluß des SPD-Parteirates vom 5. 2. 91 ist nur ein dürftiger Kompromiß und der krampfhafte Versuch der Sozialdemokraten, sich aus der internationalen Isolierung zu befreien. Ein Beschluß, der von führenden SPD-Politikern jederzeit wieder in Frage gestellt werden kann.

Mit der Kritik des Beschlusses an der finanziellen Unterstützung der Alliierten gegen den irakischen Diktator und an der Entsendung von Bundeswehreinheiten in die Türkei unterläuft die SPD erneut die Solidarität im westlichen Verteidigungsbündnis.

Und wo ist Engholm? Der designierte Parteivorsitzende der SPD schweigt und verweigert seiner Partei die notwendige Perspektive und der Öffentlichkeit Klarheit über den Kurs der SPD. Engholm ist in der Golfdebatte abgetaucht. Dies sagt einiges über seine Durchsetzungsfähigkeit und tatsächliche Autorität innerhalb der SPD.

Die SPD darf als Oppositionspartei nicht vergessen, daß Deutschland an der Seite der Alliierten gegen den Diktator Saddam Hussein steht. Mit der jetzigen Politik auf dem Kurs Lafontaines schwächt die SPD ihr eigenes Ansehen und gefährdet das Ansehen Deutschlands bei unseren Verbündeten.

Hohe Akzeptanz für die Bundeswehr

Das EMNID-Institut hat in der Zeit vom 29. Februar 1991 bis zum 4. Februar 1991 eine repräsentative Umfrage in den alten Bundesländern durchgeführt, um Einstellungen der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Jugend zur Bedeutung der Bundeswehr unter den Bedingungen des Golf-Krieges zu ermitteln.

54 Prozent der Bevölkerung in den alten Bundesländern ist der Meinung, daß die Bundeswehr angesichts des Krieges am Golf eher an Bedeutung gewonnen hat. Von den jüngsten Befragten (14- bis 29jährige) waren sogar 59 Prozent dieser Ansicht.

74 Prozent der Gesamtbevölkerung halten die Bundeswehr für wichtig oder sehr wichtig. Bei jungen Männern im Alter von 14 bis 21 sind es sogar 79 Prozent, die die Bedeutung der Bundeswehr als wichtig oder sehr wichtig einschätzen.

Informationen zum Einigungsvertrag

Arbeitslosenunterstützung

Wer muß sich in der Arbeitslosenversicherung versichern?

In der Arbeitslosenversicherung sind alle Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Heimarbeiter) pflichtversichert, soweit die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit mindestens 18 Stunden beträgt.

Was zahlt das Arbeitsamt bei Arbeitslosigkeit?

Das Arbeitsamt zahlt Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

Wie erhalte ich Arbeitslosengeld?

Sie müssen sich persönlich beim Arbeitsamt, das für Ihren Wohnort zuständig ist, arbeitslos melden und einen Antrag stellen.

Arbeitslosengeld kann erhalten, wer in den vorausgegangenen drei Jahren mindestens 12 Monate beitragspflichtig beschäftigt war. Außerdem muß er der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

So soll verhindert werden, daß diejenigen der Arbeitslosenkasse zur Last fallen, die in Wirklichkeit gar nicht arbeiten wollen.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld kann aber auch bestehen, wenn Sie Beschäftigungszeiten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in der Zeit vor dem 1. Juli 1990 nachweisen können. Das gilt z.B. für Zeiten eines Dienstverhältnisses oder der Beschäftigung bei einer Genossenschaft.

Mit dem Thema „Arbeitslosenunterstützung" bringen wir heute den ersten von drei Beiträgen zum Einigungsvertrag. Die nächsten Beiträge werden sich mit Krankenversicherung und Rente befassen.

Wie lange habe ich Anspruch auf Arbeitslosengeld?

Der Zeitraum, für den Arbeitslosengeld gezahlt wird, richtet sich nach Ihrem Lebensalter und danach, wie lange Sie in den letzten 7 Jahren beschäftigt waren:

Der Höchstanspruch beträgt

für Arbeitslose	nach einer Beschäftigung von mindestens	Monate
bis 41. Lebensjahr	2 Jahren	12
ab 42. Lebensjahr	3 Jahren	18
ab 44. Lebensjahr	3 Jahren 8 Monaten	22
ab 49. Lebensjahr	4 Jahren 8 Monaten	26
ab 54. Lebensjahr	5 Jahren 4 Monaten	32

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Wie hoch ist das Arbeitslosengeld?

Das Arbeitslosengeld beträgt in der Regel 63 Prozent Ihres vorherigen Nettolohns. Wer mindestens ein Kind hat, erhält 68 Prozent. Je nach persönlicher Situation können sich aber auch leichte Abweichungen bei diesen Zahlen ergeben.

Außerdem übernimmt das Arbeitsamt die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung.

Gibt es Zuschläge zum Arbeitslosengeld?

Ja. Wenn das vom Arbeitsamt errechnete Arbeitslosengeld unter 495 DM liegt, wird es in den neuen Bundesländern durch einen Sozialzuschlag auf diesen Betrag oder — falls der Nettolohn geringer war — bis zur Höhe des bisherigen Nettolohns aufgestockt.

Den Sozialzuschlag können Sie erhalten, wenn Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zum 31. Dezember 1991 entstanden ist.

Was erhalte ich, wenn das Arbeitslosengeld ausläuft?

Wenn Sie kein Arbeitslosengeld mehr erhalten, können Sie Arbeitslosenhilfe bekommen. Sie wird nicht aus den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung finanziert, sondern aus Steuermitteln. Deshalb wird sie auch nur gezahlt, wenn und soweit der Arbeitslose bedürftig ist. Das heißt, daß das Vermögen des Arbeitslosen und seine sonstigen Einkommen sowie die der engsten Familienangehörigen bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe mit berücksichtigt werden müssen. Es soll ausgeschlossen werden, daß Arbeitslosenhilfe aus den Steuern der anderen Bürger auch an diejenigen gezahlt wird, die z.B. aufgrund ihres Vermögens nicht darauf angewiesen sind. Das gilt z.B. für viele ehemalige SED-Funktionäre.

Zusätzlich zu den Leistungen des Arbeitsamtes können eventuell Ansprüche auf Wohngeld und/oder Sozialhilfe bestehen, die bei den Wohngeldstellen oder Sozialämtern beantragt werden müssen.

Wie hoch ist der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung?

Der Gesamtbeitrag beträgt monatlich 4,3 Prozent — ab 1. April 1991 6,8 Prozent und ab 1. Januar 1992 6,3 Prozent — des Bruttolohns. Diesen Beitrag teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils zur Hälfte.

Dieser Prozentsatz wird allerdings nur bis zu einer Höchstgrenze des Gehalts abgezogen, der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze. Sie liegt zur Zeit für das Gebiet der ehemaligen DDR bei 3.000 DM monatlich.

Welche weiteren Hilfen erhalte ich durch die Arbeitsämter?

Arbeitsämter zahlen nicht nur das Arbeitslosengeld aus. Zu ihren Aufgaben gehört auch

- die Arbeits- und Berufsausbildung,
- die Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsstellen,
- die Förderung der beruflichen Bildung,
- die Förderung der Arbeitsaufnahme und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- ab 1. April 1991 die Zahlung des Kindergeldes (außer öffentlicher Dienst).

Die Adressen der Arbeitsämter, an die Sie sich wenden können, finden Sie auf der nächsten Seite.

Ihre Arbeitsämter:

Zentrale Arbeitsverwaltung
1130 Berlin
Gotlindestraße Haus 47
Tel. 002/23 72 67 10

1130 Berlin AA I
Gotlindestraße Haus 48
Tel. 002/23 72 23 61

1055 Berlin AA II
Prenzlauer Allee 7
Tel. 002/4 30 09 11

1140 Berlin AA III
Murtzahner Ring 68
Tel. 002/5 42 30 95

1199 Berlin AA IV
Rudower Chaussee 16-25
Tel. 002/63 89 90

7400 Altenburg
Rosa-Luxemburg-Pl. 7-8
Tel. 0 94 02/37 13 14

9300 Annaberg
Dr.-Otto-Nuschke-Str. 24
Tel. 0 07 65/8 32 06

8600 Bautzen
Thomas-Müntzer-Str. 4c
Tel. 00 54/4 71 12

9001 Chemnitz
Karl-Marx-Allee 12
Tel. 00 71/655-20 10

7500 Cottbus
Bahnhofstr. 24
Tel. 09 59/619-0

4520 Dessau
Schirowstraße
Postschließfach 5
Tel. 034/76 10

8010 Dresden
Devrientstr. 4
Tel. 00 51/48 55-0

1302 Eberswalde
Leninstr. 106
Tel. 039/3 11 16

5025 Erfurt
Altonaer Str. 25
Tel. 00 61/556-400

1200 Frankfurt/Oder
Otto-Grotewohl-Str. 53
Tel. 09 30/31 13 12

6500 Gera
Herm.-Drechsler-Str. 1
Tel. 09 70/660

5800 Gotha
Bürgeraue 2
Tel. 0 06 22/5 35 13

3600 Halberstadt
Otto-Grotewohl-Str. 42
Tel. 0 09 26/340

4020 Halle
Robert-Franz-Ring 14
Tel. 00 46/91 23 31

6900 Jena
Fritz-Ritter-Str. 44
Tel. 032/3 91 31

7016 Leipzig
Gr. Fleischergasse 12
Tel. 09 41/32 84 84

3010 Magdeburg
W.-Rathenau-Str. 88
Tel. 00 91/564

4200 Merseburg
Poststr. 16
Tel. 0 04 42/21 30 10

2000 Neubrandenburg
Fr.-Engels-Ring 15
PSF 508
Tel. 09 90/682-220

1950 Neuruppin
Bahnhofstr. 17
Tel. 0 03 62/33 43

5500 Nordhausen
Ludolfinger Str. 11
Tel. 0 06 28/52 52

7260 Oschatz
Fr.-Naumann-Promenade 9
Tel. 0 94 05/34 01

8300 Pirna
Seminarstr. 7
PSF 30
Tel. 00 56/30 41

9900 Plauen
Engelsstr. 8
Tel. 058/28 72 64

1561 Potsdam
Hegelallee 8
Tel. 023/30 23 10

8400 Riesa
Am Birkenwäldchen 2
Tel. 0 05 24/6 32 43

2500 Rostock
Wallstraße
PSF 2219
Tel. 00 81/378-404

4700 Sangerhausen
Rudolf-Breitscheid-Str. 22
Tel. 0 04 56/46-220

2700 Schwerin
Karl-Marx-Str. 20
Tel. 09 84/78-725

3500 Stendal
Weberstr. 18
Tel. 0 09 21/26 16
App. 360

2300 Stralsund
Wilhelm-Pieck-Allee 67
Tel. 038/550

6000 Suhl
Gutenbergstr. 4
Tel. 09 66/53 22 79

4600 Wittenberg
Breitscheidstr. 3
Tel. 0 04 51/790

9540 Zwickau
Leipziger Str. 160
Tel. 036/70 22 28

Aus- und Forbildung der ZentrAV
8020 Dresden
Gerh.-Hauptmann-Str. 1
Tel. 00 51/58 77 39

Eine positive Bilanz für die gesetzliche Krankenversicherung

I. Situation der gesetzlichen Krankenversicherung

Unsere gesetzliche Krankenversicherung gewährt einen soliden Gesundheitsschutz und Spitzenmedizin für jedermann. Bei sinkenden Beitragssätzen ist ihre Finanzlage stabil. Mit Ausbau der Pflege, von Prävention und Vorsorge ist sie für die Zukunft gut gerüstet.

Zur Zeit beträgt der durchschnittliche Beitragssatz 12,2 Prozent bei soliden Rücklagen. Ohne Reform wäre die gesetzliche Krankenversicherung inzwischen bei einem Beitragssatz von mindestens 14,0 Prozent angekommen. Das bedeutet gegenüber der ursprünglichen Entwicklung einen um 1,8 Prozent-Punkte niedrigeren Beitragsstand. Auf ein Jahr hochgerechnet ergeben sich Einsparungen in Höhe von rd. 20 Mrd. DM.

Der durchschnittliche Arbeitnehmer zahlt heute im Jahr 384 DM weniger Beitrag, als er ohne Gesundheitsreform zahlen müßte.

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung stellen sich seit 1982 wie folgt dar:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben
1982	101,7	97,2
1983	103,5	100,7
1984	105,8	108,7
1985	111,8	114,1
1986	118,5	119,9
1987	125,1	125,0
1988	132,6	134,4
1989	139,7	129,9
1990	147,5	141,3

Die Leistungsausgaben je Mitglied der GKV haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Jahr
1982: 2587 DM	1987: 3239 DM
1983: 2678 DM	1988: 3461 DM
1984: 2876 DM	1989: 3310 DM
1985: 3002 DM	1990: 3539 DM
1986: 3129 DM	

II. Gesundheitsreform – zukunftsgerichtetes Steuerungselement mit Spitzenmedizin, Vorsorge, Prävention und Pflege bei soliden Finanzen

Die Gesundheitsreform markiert einen Wendepunkt in der Ausgabenentwicklung der Krankenversicherung: Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung sind auf breiter Front gesunken. 700 Krankenkassen haben ihre Beitragssätze bis zum 1. Januar 1991 gesenkt; insgesamt 21,5 Mio. Versicherte spüren eine deutliche finanzielle Entlastung.

Von Norbert Blüm

Pflege

Erstmals gibt es in der Krankenversicherung nun Leistungen für Schwerpflegebedürftige und ihre Helfer: Seit Januar 1989 eine Urlaubs-Pflegevertretung im Wert von 1800 DM, ab 1. Januar 1991 stehen ganz Deutschland für Schwerpflegebe-

dürftige 400 DM Pflegegeld oder bis zu 750 DM für Sachleistungen im Monat zur Verfügung.

Prävention und Früherkennung

Die Gesundheitsvorsorge ist wesentlich ausgebaut worden:

- Alle über 35jährigen, das sind rund 24,6 Millionen Versicherte, haben einen Rechtsanspruch auf einen regelmäßigen „Gesundheits-Check-Up".
- Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 Jahren können sich einmal im Jahr auf Kosten der Kassen zahnärztlich untersuchen lassen.
- Im Rahmen einer weiteren Vorsorgeuntersuchung werden rund 600 000 Kinder jährlich vor der Einschulung auf Seh-, Hör- und Sprachfehler, Haltungsfehler und Übergewicht untersucht.
- Behinderte Kinder erhalten eine von den Kassen finanzierte Behandlung in Spezialeinrichtungen, den Sozialpädiatrischen Zentren.

Mehr Preiswettbewerb durch Festbeträge

Das beste Beispiel hierfür sind die Festbeträge für Arznei- und Hilfsmittel: Niemals zuvor hat es solche Preissenkungen bei Arzneimitteln gegeben wie nach der Einführung der Festbeträge.

Ab 1. Januar 1991 sind insgesamt 72 Arzneimittel-Wirkstoffe mit einem Umsatzvolumen von rund 5,5 Milliarden Mark von der Festbetragsregelung erfaßt. Das entspricht mehr als einem Viertel der GKV-Gesamtausgaben für Medikamente. Damit ist ein Einsparvolumen von 945 Millionen Mark pro Jahr realisierbar. Die Versicherten werden dabei direkt um rund 435 Millionen Mark entlastet, weil bei Arzneimitteln mit Festbeträgen die Zuzahlung von 3 Mark wegfällt.

Auch im Hilfsmittelbereich sorgen Festbeträge für eine preisgünstigere, wirtschaftlichere Versorgung der Versicherten.

III. Situation in den fünf neuen Bundesländern:

❶ Die gegliederte Krankenversicherung ist am 1. Januar 1991 planmäßig eingeführt worden. Alle Kassenarten haben ihre Arbeit aufgenommen.

- Alle Kassenarten sind in den fünf neuen Bundesländern präsent.
- 12 Ortskrankenkassen mit Geschäftsstellen in allen Landkreisen.
- 39 Betriebskrankenkassen mit jetzt schon 700 000 Mitgliedern.
- 15 neue Innungskrankenkassen.
- Die beiden größten Ersatzkassen (Barmer Ersatzkasse und Deutsche Angestellten-Krankenkasse) sind in allen neuen Bundesländern präsent und haben in allen Landkreisen Geschäftsstellen errichtet.
- Die landwirtschaftliche Krankenversicherung wird durch die landwirtschaftliche Krankenkasse Hannover sichergestellt.

❷ Die Krankenkassen sind zu Anfang des Jahres mit den notwendigen Betriebsmitteln ausgestattet worden. Damit sind sichergestellt die Barleistungen der neuen Krankenkassen, die Abschlagszahlungen an die Ärzte, Polikliniken und Krankenhäuser.

❸ Mit dem 1. Januar 1991 haben die Krankenkassen von den bislang zuständigen Finanzämtern den Beitragseinzug übernommen.

Die Arbeit der Krankenkassen ist reibungslos angelaufen, insbesondere Leistungsgewährung und die Beratung der Versicherten. Besonders bemerkenswert ist das hohe Maß der Antragstellung auf die neuen Pflegeleistungen.

❹ Die gesundheitliche Versorgung funktioniert und ist auf dem Weg zum westlichen Versorgungsniveau.

● Ärzte streben in großer Zahl die freie Niederlassung an; bis jetzt sind 6000 Ärzte als Kassenärzte zugelassen, bis zum 1. Juli 1990 waren es lediglich 900.

● Die Versorgungsstruktur der Polikliniken ist durch Abschlagszahlungen gesichert, um den angestrebten Prozeß der Umstrukturierung in vernünftigen Schritten vollziehen zu können.

● Der Versorgungsstandard in den Krankenhäusern ist stabilisiert; mit den Koalitions-Vereinbarungen (vgl. V Ziff. 23) sind die Weichen gestellt, zügig ein einheitliches, hohes Niveau der gesundheitlichen Versorgung in ganz Deutschland und den Abbau des investiven Nachholbedarfs in den Krankehäusern zu erreichen.

● Bei den Kureinrichtungen für Vorsorge und Rehabilitationsmaßnahmen ist erreicht, daß die Sozialversicherungsträger in großem Maße Kureinrichtungen zur Belegung zulassen.

● Die Versorgung mit Arzneimitteln läuft reibungslos, nachdem der Lieferboykott der Arzneimittel-Hersteller beendet werden konnte.

Personalie

Nach langjähriger Tätigkeit für die Bundesgeschäftsstelle ist Bundesgeschäftsführer **Peter Radunski** am 24. Januar ausgeschieden. In der Stadt Berlin hat Radunski das Amt des Senators für Bundes- und Europaangelegenheiten übernommen. Bis zur Ernennung des Nachfolgers durch das Präsidium nimmt der bisherige Stellvertreter, **Wilhelm Staudacher**, die Geschäfte des Bundesgeschäftsführers wahr.

Asylbewerberzahlen im Januar 1991

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Januar 1991 16.058 Asylbewerber (Vormonat: 12.702) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien: 1.876 (Vormonat: 1.405)
Türkei: 1.861 (Vormonat: 1.539)
Rumänien: 1.657 (Vormonat: 1.542)
Iran: 1.118 (Vormonat: 679)
Afghanistan: 935 (Vormonat: 562)
Libanon: 923 (Vormonat: 835)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat (Dezember 1990: 12.702 Asylbewerber) wieder angestiegen. Sie liegt aber noch deutlich unter den Zahlen von September 1990 (24.048 Asylbewerber), Oktober 1990 (18.261 Asylbewerber) und November 1990 (18.314 Asylbewerber).

Von den Asylbewerbern aus der Sowjetunion im Jahre 1990 (2.337 Personen) und im Januar 1991 (520 Personen), also von insgesamt 2.867 Personen, waren nach den Erkenntnissen der Ausländerbehörden und des Bundesamtes etwa 110 frühere Angehörige der Streitkräfte der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Januar 5.138 Asylbewerber. Das sind 32 Prozent aller Asylbewerber.

Im Januar hat das Bundesamt über die Anträge von 13.239 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 754 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 5,7 Prozent (1990: 4,4 Prozent).

Zum erstenmal seit zehn Jahren weniger als 1,9 Millionen Arbeitslose

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten gab der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, folgende Stellungnahme ab:

Insgesamt zufriedenstellende Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung zum Jahresbeginn im geeinten Deutschland

Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung im geeinten Deutschland im Januar 1991 war im ganzen zufriedenstellend, wobei die Entwicklung in den alten Bundesländern besser als erwartet und in den neuen Bundesländern weniger ungünstig als angenommen verlief.

● Äußerst positive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in den alten Bundesländern

Der zum Jahresbeginn übliche saisonbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit hielt sich im Januar 1991 in engen Grenzen. In Verbindung mit dem auch schon im November und Dezember 1990 hervorragenden Arbeitsmarktverlauf ging die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um 317 450 zurück. Dies schlägt mit großem Abstand alle bisherigen positiven Rekorde.

Die Arbeitslosenzahl lag zum Jahresbeginn 1991 erstmalig seit 10 Jahren unter 1,9 Millionen und wesentlich niedriger als im Januar 1982. Noch deutlicher wird die positive Entwicklung aus einem Vergleich der Arbeitslosenquoten — 7,2 Prozent im Januar 1991 gegenüber 8,2 Prozent im Januar 1982. Beachtenswert sind aber die sehr starken Unterschiede in den regionalen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit:

► Starke Rückgänge der Arbeitslosenquoten gab es zwischen Januar 1982 und Januar 1991

- ☐ in Bayern von 8,9 Prozent auf 5,9 Prozent,
- ☐ in Rheinland-Pfalz von 8,4 Prozent auf 6,2 Prozent,
- ☐ in Baden-Württemberg von 5,0 Prozent auf 4,1 Prozent.

► Außergewöhnliche Steigerungen der Arbeitslosenquoten gab es von Januar 1982 auf Januar 1991

- ☐ in Hamburg von 7,2 Prozent auf 9,7 Prozent,
- ☐ in Bremen von 10 Prozent auf 12,1 Prozent.

Niedrig für den Jahresanfang war im Januar 1991 auch die Zahl der Kurzarbeiter von nur 92 646 (Januar 1982 = 565 488).

Die Arbeitslosigkeit hat trotz starken Zustroms von Aussiedlern und Berufs-

Arbeitslosigkeit im Januar

Jahr	Stand am Monatsende	Veränderung im Monat
1982	1 949 754	+ 245 900
1983	2 487 075	+ 263 100
1984	2 539 308	+ 190 300
1985	2 619 409	+ 294 200
1986	2 590 342	+ 243 200
1987	2 497 176	+ 279 000
1988	2 518 675	+ 210 450
1989	2 334 613	+ 144 117
1990	2 191 400	+ 139 500
1991	1 873 989	+ 89 839

pendlern aus den neuen Bundesländern eine sinkende Tendenz.

Beeindruckend ist die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl. Sie lag im Dezember 1990 bei 28 710 000 und damit um 694 000 höher als ein Jahr zuvor. Im November 1990 gab es den bisherigen Rekordstand von über 23 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, über eine Million mehr als im Vorjahr.

● In den neuen Bundesländern vorerst Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit; in den nächsten Monaten muß eine schwierige Phase bewältigt werden

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben in den neuen Bundesländern im Januar weniger zugenommen als weithin erwartet. Es muß aber beachtet werden, daß sich die meisten exportorientierten Wirtschaftszweige erst seit dem Jahresbeginn voll dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb stellen müssen, viele extrem unrentable Produktionen eingeschränkt werden müssen und damit Arbeitsplätze verlorengehen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden so vorerst beschleunigt anwachsen, solange nicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit dem Abbau alter Schritt hält.

Die kritische Zwischenphase sollte soweit wie möglich genutzt werden, Arbeitslose und Kurzarbeiter durch auf den künftigen Kräftebedarf orientierte Förderungsmaßnahmen zu qualifizieren oder in sinnvolle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einzugliedern.

Gute Voraussetzungen für weitere positive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in 1991

● In den alten Bundesländern ist im weiteren Verlauf dieses Jahres mit einer anhaltenden kräftigen Expansion der Erwerbstätigenzahlen zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Trend weiter absinken.

● In den neuen Bundesländern muß vorerst noch mit Arbeitsplatzverlusten und Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gerechnet werden. In der zweiten Jahreshälfte 1991 dürfte es jedoch eine steigende Zunahme der Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften geben. Wichtig für die neuen Bundesländer ist eine Tarifpolitik, die sich an der Produktivität orientiert.

Klaus Kribben neuer Oppositionsführer in Kiel

Anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Heiko Hoffmann, aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niedergelegt. Nachfolger Hoffmanns wird Klaus Kribben, der die Fraktion bereits von Dezember 1985 bis Mai 1988 geführt hat.

Manfred Kanther neuer Oppositionsführer in Wiesbaden

In einer Kampfabstimmung hat die CDU-Fraktion im hessischen Landtag den noch amtierenden hessischen Finanzminister Manfred Kanther zum neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewählt. Kanther erhielt 30 Stimmen. Für seinen Gegenkandidaten Roland Koch entschieden sich 16 Mitglieder der Fraktion.

Agrarbericht 1991

Rückgang bei den Erzeugerpreisen

Der erstmals gesamtdeutsche Agrarbericht 1991 dokumentiert Lichtseiten in der Vergangenheit und Schattenseiten in der Gegenwart. In der Einkommensentwicklung der Landwirtschaft in den alten Bundesländern ist bedauerlicherweise seit Mitte des Jahres 1990 eine Kehrtwende zum Negativen eingetreten. Die vorher gewachsenen Einkommen sind einem höheren Einkommensschwund seither gewichen.

Die Einkommenslage der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1989/90, das am 30. Juni 1990 abgelaufen ist, konnte sich sehen lassen. Die Gewinne machten — nach einem deutlichen Plus im Wirtschaftsjahr 1988/89 — nochmals gute Fortschritte. Die Gewinne der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe verbesserten sich im Durchschnitt um rd. 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Je Vollarbeitskraft konnten durchschnittlich rd. 37.800 DM erwirtschaftet werden.

Damit konnte die Landwirtschaft ihre Einkommen denen der anderen Wirtschaftsbereiche beachtlich annähern. Die seit Mitte der 70er Jahre sich erweiternde Kluft zwischen landwirtschaftlichen und vergleichbaren außerlandwirtschaftlichen Einkommen war so eng wie seit Jahren nicht mehr. Dies ist aber jetzt schon wieder Vergangenheit.

Eine erste Bilanz des laufenden Wirtschaftsjahres (1. Juli 1990 bis Juni 1991) ist höchst unerfreulich; es werden wieder rote Zahlen geschrieben. Seit Mitte des Jahres 1990 haben die landwirtschaftlichen Einkommen eine rasante Talfahrt angetreten. Dafür verantwortlich ist ein zum Teil drastischer Rückgang der Erzeugerpreise bei wichtigen Agrarprodukten und höhere Betriebsmittelpreise.

Ein EG-weit gestiegenes Angebot, stagnierender und teilweise sogar rückläufiger Verbrauch und geringere Exporte in Drittländer setzten und setzen die Erzeugerpreise unter Druck. Nach Berechnungen des BML wird für das laufende Wirtschaftsjahr, das Ende Juni 1991 abschließt, ein Gewinnrückgang der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe um etwa 20 Prozent vorgeschätzt.

Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur Vorlage des Agrarberichts 1991

Die sich abzeichnenden Einkommenseinbußen sind schlimm genug. Sie wären aber besser zu verkraften, wenn sich eine Tendenzwende ankündigen würde. Dafür lassen sich leider keine Anzeichen ausmachen. Die Konturen für die Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik sind eher verschwommen. Ausgang und Auswirkungen der GATT-Verhandlungen sind unklar. Die Brüsseler Pläne für eine Agrarreform sind unausgegoren.

Unser wichtigstes Anliegen muß sein, die Märkte in Ordnung zu bringen. Dreh- und Angelpunkt dafür ist eine in allen zwölf Mitgliedstaaten gleichgewichtige Rückführung der Produktionsmengen. Die Anpassungslasten müssen ausgewogen auf die einzelnen Mitgliedstaaten der EG verteilt werden.

Soweit sich eine Rücknahme der Preis-

stützung in Brüssel als unvermeidbar erweist — dies gilt sowohl im Hinblick auf die GATT-Verpflichtungen als auch auf die Reformbestrebungen der gemeinsamen Agrarpolitik — sind ausreichende Ausgleichsmaßnahmen für die betroffenen Landwirte unverzichtbar. Es war und ist unser Ziel, die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte im europäischen Binnenmarkt zu stärken. Agrarpolitik darf nicht zur Sozialpolitik degradiert werden.

Eine weitere Herausforderung an die Agrarpolitik sehen wir darin, die enormen Anpassungsprobleme der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zu meistern. Die Bundesregierung hat in anerkennenswerter Weise den Umstrukturierungsprozeß im zweiten Halbjahr 1990 mit einem umfangreichen Hilfsprogramm unterstützt. Auch im Jahre 1991 sind die landwirtschaftlichen Betriebe auf Anpassungshilfen angewiesen. Die Bundesregierung hat unsere volle Unterstützung bei ihrem Bemühen, den Betrieben den Weg in die Marktwirtschaft und eine privatwirtschaftlich ausgerichtete Landwirtschaft zu ebnen. ■

Energien für morgen

Mit Millionenbeträgen fördern Bund, Länder, Gemeinden und die Europäische Gemeinschaft den Einsatz zukunftsträchtiger Energiequellen, so zum Beispiel Solarenergieanlagen, Energie aus biologischem Abfall, Umstellung von Heizungsanlagen oder Entwicklung und Markteinführung technologisch neuer Produkte und Verfahren.

Alle bisherigen Förderprogramme und Maßnahmen stellt die neue Förderfibel Energie vor. Sie informiert auch über Voraussetzungen und Bedingungen, Ansprechpartner und gibt Tips für die erfolgversprechende Antragstellung.

Die Fibel richtet sich nicht nur an private Tüftler, sondern insbesondere an öffentliche Körperschaften, Kommunen und mittelständische Unternehmen. Herausgegeben wurde das 136 Seiten starke Werk 1990 vom Fachinformationszentrum Karlsruhe und dem Forum für Zukunftsenergien e.V. Im Buchhandel ist die Publikation für 29,80 Mark erhältlich.

Infodienst für die neuen Bundesländer

Für die Städte, Gemeinden und Kreise in den neuen Bundesländern gibt das Bundesinnenministerium den Infodienst Kommunal heraus. Die Themen der 33seitigen letzten Ausgabe vom 14. Dezember 1990: Empfehlungen des Bundesjustizministeriums zur Anwendung des Gesetzes über Investitionen, Empfehlungen des Deutschen Städtetages dazu, der Datenschutz im Beitrittsgebiet und genehmigungsrechtliche Regelungen für Gemeinschaftsantennenanlagen. Äußerst praktischen Nutzen haben die fünf letzten Seiten des Heftes. Dort findet der Leser die Anschriften und Telefonnummern der Kommunalen Spitzenverbände in den alten und neuen Bundesländern.

Nähere Informationen über die Broschüre erhalten Sie durch Heinz Budrat und Hubert Rybak, Bundesministerium des Innern, **Tel. (0228) 681-1.**

Bundestag setzt 23 Ausschüsse ein

Der Bundestag hat am 30. Januar 23 ständige Ausschüsse eingesetzt. Das sind zwei mehr als in der letzten Legislaturperiode. Neu sind die getrennten Ausschüsse für Familie, für Frauen und für Gesundheit entsprechend der neuen Ressortaufteilung in der Bundesregierung sowie der Ausschuß für Fremdenverkehr. Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen fällt weg.

1. Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: 17 Mitglieder, Vorsitz **Dieter Wiefelspütz** (SPD)

2. Petitionsausschuß: 31 Mitglieder, Vorsitz **Gero Pfennig** (CDU)

3. Auswärtiger Ausschuß: 39 Mitglieder, Vorsitz **Hans Stercken** (CDU)

4. Innenausschuß: 39 Mitglieder, Vorsitz **Hans-Gottfried Bernrath** (SPD)

5. Sportausschuß: 17 Mitglieder, Vorsitz **Ferdinand Tillmann** (CDU)

6. Rechtsausschuß: 27 Mitglieder, Vorsitz **Herbert Helmrich** (CDU)

7. Finanzausschuß: 39 Mitglieder, Vorsitz **Hans Gattermann** (FDP)

8. Haushaltsausschuß: 37 Mitglieder, Vorsitz **Rudi Walther** (SPD)

9. Ausschuß für Wirtschaft: 39 Mitglieder, Vorsitz **Friedhelm Ost** (CDU)

10. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: 33 Mitglieder, Vorsitz **Siegfried Hornung** (CDU)

11. Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung: 35 Mitglieder, Vorsitz **Günther Heyenn** (SPD)

12. Verteidigungsausschuß: 35 Mitglieder, Vorsitz **Fritz Wittmann** (CSU)

13. Ausschuß für Familie und Senioren: 27 Mitglieder, Vorsitz **Rainer Eppelmann** (CDU)

14. Ausschuß für Frauen und Jugend: 27 Mitglieder, Vorsitz **Edith Niehuis** (SPD)

15. Ausschuß für Gesundheit: 27 Mitglieder, Vorsitz **Dieter Thomae** (FDP)

16. Ausschuß für Verkehr: 39 Mitglieder, Vorsitz **Dionys Jobst** (CSU)

17. Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: 39 Mitglieder, Vorsitz **Wolfgang von Geldern** (CDU)

18. Ausschuß für Post und Telekommunikation: 17 Mitglieder, Vorsitz **Peter Paterna** (SPD)

19. Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: 29 Mitglieder, Vorsitz **Friedrich Adolf Jahn** (CDU)

20. Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: 33 Mitglieder, Vorsitz **Wolf-Michael Catenhusen** (SPD)

21. Ausschuß für Bildung und Wissenschaft: 29 Mitglieder, Vorsitz **Eckart Kuhlwein** (SPD)

22. Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: 33 Mitglieder, Vorsitz **Uwe Holtz** (SPD)

23. Ausschuß für Fremdenverkehr: 17 Mitglieder, Vorsitz **Olaf Feldmann** (FDP)

Aus dem Veröffentlichungsprogramm der KAS

Manfred Hättich, Bernhard Sutor u. a.:

Politische Bildung in der Demokratie – Grundlagen, Ziele und Folgerungen für die Schule

Verlag Ernst Knoth, Melle 1990, 96 S:

Die im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Hans-Joachim Veen und Peter R. Weilemann herausgegebene Publikation informiert über Grundfragen der politischen Bildung in einer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie.

Politische Bildung, so heißt es, darf nicht indoktrinieren. Als unverzichtbar gelten Beiträge zur Identifikation mit der politischen Grundordnung. Sie muß kritikfähig sein.

Themen/Autoren:

- Politische Bildung in der Demokratie (Hans-Joachim Veen)
- Politische Ethik in der pluralistisch-demokratischen Gesellschaft (Manfred Hättich)
- Gewissensbildung und Werterziehung als öffentlicher Bildungsauftrag (Bernhard Sutor)
- Wirtschaftsordnung und Politik (Paul-Ludwig Weinacht)
- Politische Bildung — Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen (Dieter Grosser/Manfred Hättich/Heinrich Oberreuter/Bernhard Sutor)

Der Band kann — ohne Berechnung — bezogen werden von:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Forschungsinstitut
Rathausallee 12
W-5205 Sankt Augustin

Im Auftrag der KAS veröffentlichte das Institut für Kommunalwissenschaften

Arbeitshefte zur Kommunalpolitik

Heft 1: Stadtplanung und Städtebau
Heft 2: Straßenbau und öffentlicher Personenverkehr
Heft 3: Umweltschutz und Umweltpolitik
Heft 4: Kommunale Betriebe
Heft 5: Das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland
Heft 6: Kommunale Finanzen
Heft 7: Kultur — Schule — Sport — Freizeit
Heft 8: Wirtschaftsförderung in den Kommunen
Heft 9: Kinder- und Jugendhilfe in den Kommunen

Die Arbeitshefte erschienen im Kommunal-Verlag (Düsseldorf). Ansichtsexemplare gibt ab:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Kommunalwissenschaften
Rathausallee 12
W-5205 Sankt Augustin

Junge Union startet Aktion „Freunde halten zusammen!“

Gemeinsam haben der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands (JU), Hermann Gröhe, und der Botschafter der Vereinigten Staaten, Vernon A. Walters, die bundesweite Solidaritätskampagne „Freunde halten zusammen“ der Jungen Union am 7. Februar 1991 in der US-Botschaft in Bonn vorgestellt. Dabei erklärte der JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe:

„Die Junge Union will mit dieser Kampagne anti-amerikanischen Tendenzen in der deutschen Öffentlichkeit deutlich entgegentreten und dies mit einem klaren Bekenntnis zum Existenzrecht Israels verbinden. In dieser Situation sind klare Zeichen gefordert. Wir machen uns mit dieser Kampagne zum Sprachrohr der schweigenden Mehrheit.

Auf unseren energischen Widerstand stoßen die offenen und insbesondere die verdeckten anti-amerikanischen Stimmungen, die durch Forderungen auf einen sofortigen Waffenstillstand ohne jedes erkennbare Signal in Richtung UN-Resolution deutlich werden. Mit einer solchen Haltung fällt man den alliierten Truppen in den Rücken. Denn Diktator Saddam Hussein hat alle diplomatischen Bemühungen zum Rückzug aus Kuwait ignoriert. Ein bedingungsloser Waffenstillstand würde dem Diktator nur die Gelegenheit bieten, weiter aufzurüsten.“

Hermann Gröhe verwies in diesem Zusammenhang auf die Solidaritätskundgebung der Jungen Union mit Israel und den USA am 20. Februar in Wiesbaden mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heiner Geißler hin. Der amerikanische Botschafter Walters dankte der Jungen Union ausdrücklich für dieses Zeichen der Solidarität mit den am Golf kämpfenden jungen Soldaten aus 28 Staaten der alliierten Truppen.

Info-Fax-Service

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat seit dem letzten Bundestagswahlkampf einen aktuellen Fax-Service für die CDU-Verbände und interessierten Mitglieder eingerichtet. Er hat sich inzwischen zur schnellen und ganz aktuellen Information bestens bewährt. Wir würden den Bezieherkreis gerne noch erweitern. Wenn Sie also Interesse haben und Ihnen ein Fax-Gerät zur Verfügung steht, teilen Sie uns bitte Ihre Fax-Nummer mit. Die Fax-Nummer der CDU-Bundesgeschäftsstelle: **(02 28) 54 44 11.**

Wenn Sie das rechts abgebildete Plakat und den entsprechenden Aufkleber bestellen wollen, schreiben Sie an Junge Union Deutschlands Annaberger Straße 28 B, 5300 Bonn 2 Telefon (02 28) 31 00 11

Mit einem Plakat (Bild oben) und einem Aufkleber unter dem Motto „Freunde halten zusammen!" hat die Junge Union ihre Aktion für Frieden, Freiheit und Solidarität begonnen. Pro Landesverband ist eine kostenlose Grundausstattung von 50 Plakaten und 100 Aufklebern verschickt worden. Weitergehende Bestellungen sind möglich:

- **Das Plakat (A 1) kostet 0,30 DM pro Stück (Mindestabnahme: 10 Stück)**
- **Der Aufkleber kostet 0,20 DM pro Stück (Mindestabnahme: 50 Stück)**

Der Versand erfolgt nach den bekannten Versandbedingungen der Jungen Union. Bei Paketen ab 2 kg Gewicht ist der Versand unfrei. Zahlung bitte im voraus per Verrechnungsscheck oder mit Erteilung einer Einzugsermächtigung.

Regierungserklärung

Den vollen Wortlaut der Regierungserklärung mit dem Titel „Unsere Verantwortung für die Freiheit" vom 30. Januar 1991, die als Dokumentation im grünen Teil der UiD-Ausgabe 4/1991 erschienen ist, können Sie in weiteren Exemplaren bestellen bei:

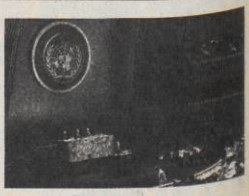
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28,
4804 Versmold.

● **Bestell-Nr.: 5385**
Verpackungseinheit:
50 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit:
25,— DM
Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Für Ihre Aktionen für Frieden im Nahen Osten können Sie das abgebildete Motiv als DIN-A1-Flugblatt sowie als Aufkleber in kleinen Mengen kostenlos beim Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Friesdorfer Str. 149, 5300 Bonn 2, bestellen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Helmut Kohl: Deutschland an der Seite der Völkergemeinschaft im Kampf gegen Aggressor Hussein



Für Frieden und Freiheit in der Welt

Mit Erfolg haben wir uns bisher besonders aktiv für wirtschaftliche Stabilität in der Welt eingesetzt. Dies allein wird künftig nicht mehr ausreichen.
Jetzt wird von uns auch mehr Mitwirkung an der Lösung weltpolitischer Fragen erwartet.
Dies erwarten vor allem unsere Partner und Verbündeten. Gemeinsame Interessen bedeuten auch gemeinsame Pflichten. Deutschland muß daher künftig bereit sein, auch selbst an konkreten Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt mitzuwirken.
Eine immer wichtigere Rolle bei der Friedenssicherung in der Welt spielen die Vereinten Nationen. Mit Recht wird erwartet, daß das vereinte Deutschland sein Engagement in diesem Bereich verstärkt.
Der neuen Verantwortung gerecht zu werden, erfordert Abkehr von manchen bequemen Denkschablonen der Vergangenheit und Mut zur Zukunft.
Mit der Vereinigung unseres Vaterlandes ist Deutschland in eine neue Epoche eingetreten. Nach fast zweihundert Jahren hat das Ringen um die politische Gestalt Deutschlands, um seine innere Ordnung und seinen Platz in Europa zu einem glücklichen Ende gefunden.
Es geht jetzt darum, daß das vereinte Deutschland seine Rolle im Kreis der Nationen annimmt – mit allen Rechten und allen Pflichten. Dies wird zu Recht von uns erwartet – und dieser Erwartung müssen wir gerecht werden.
Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben. Wir wollen unseren Beitrag leisten zu einer Welt des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit.
Das ist unsere Vision: eine neue Ordnung für Europa und die Welt, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Achtung der Menschenrechte beruht.
Der Weg dorthin wird beschwerlich sein – und, wie wir jetzt wissen, auch voller Risiken, ja Gefahren. Aber es lohnt sich ihn zu gehen.

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD
5/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.